



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 6.3.2025

C(2025) 1551 final

Herrn Caspar Veldkamp
Minister für auswärtige Angelegenheiten
Rijnstraat 8
Postfach 20061
2500 EB Der Haag
NIEDERLANDE

Betr.: Notifizierung 2024/678/NL

Verordnung des Staatssekretärs für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport vom zur Festlegung politischer Vorschriften für die Kreuzkontamination mit Allergenen und die vorsorgliche Kennzeichnung (Richtlinie zur vorsorglichen Allergen Kennzeichnung)

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrter Herr Minister,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535⁽¹⁾ übermittelten die niederländischen Behörden der Kommission am 13. Dezember 2024 den Entwurf einer Verordnung des Staatssekretärs für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport vom zur Festlegung politischer Vorschriften für die Kreuzkontamination mit Allergenen und die vorsorgliche Kennzeichnung (Richtlinie zur vorsorglichen Allergen Kennzeichnung) (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“).

Der Mitteilung der niederländischen Behörden zufolge wird in dem notifizierten Entwurf „die Verwendung einer Allergen Kennzeichnung fest[gelegt]. Ziel ist es, Klarheit darüber zu schaffen, wann eine Kreuzkontamination mit Allergenen vorliegt und wann vorsorglich eine Allergen Kennzeichnung angebracht werden sollte.“ In der Mitteilung heißt es weiter: „Für allergische Verbraucher ist es wichtig, dass die Informationen auf dem Etikett warnen, wenn ein Allergen in Mengen vorhanden ist, die ein tatsächliches Risiko darstellen könnten. Die vorsorgliche Kennzeichnung von Allergenen darf daher nur verwendet werden, wenn sich herausstellt, dass trotz präventiver Maßnahmen ein Risiko für Verbraucher mit Allergien besteht.“

¹ () Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Bemerkungen vorzubringen.

In Bezug auf den Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs wird in der Mitteilung Folgendes festgelegt:

- *Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass Artikel 13d des Warenkontrollgesetzes eine Klausel zur gegenseitigen Anerkennung enthält. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung besagt, dass ein EU-Mitgliedstaat in seinem eigenen Hoheitsgebiet den Verkauf von Waren, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat rechtmäßig in den Verkehr gebracht wurden, nicht mit der Begründung verbieten darf, dass die Waren nicht den eigenen nationalen Vorschriften entsprechen. Es ist jedoch wichtig, dass die berechtigten öffentlichen Interessen, die durch die geltenden nationalen Anforderungen gewährleistet werden, ausreichend geschützt werden.“*
- *Die Richtlinienregel wird ohne Diskriminierung angewendet. Die Vorschriften gelten für alle Lebensmittelunternehmer in den Niederlanden.*

Die Kommission stellt fest, dass die Informationen über die Klausel zur gegenseitigen Anerkennung und den Schutz der berechtigten öffentlichen Interessen einerseits und die Anwendung der Regel ohne Diskriminierung zwischen allen Lebensmittelunternehmern in den Niederlanden andererseits nur in der Mitteilung und nicht in dem notifizierten Entwurf selbst enthalten sind.

Dennoch ist die Kommission der Auffassung, dass die in der Mitteilung enthaltenen Informationen zu Verwirrung hinsichtlich der Anwendung der Vorschriften auf Wirtschaftsteilnehmer in den Niederlanden führen könnten, wenn sie in den Niederlanden Erzeugnisse in Verkehr bringen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder in der Türkei rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden (oder die ihren Ursprung in einem Mitgliedstaat der EFTA haben und dort rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden).

Die Kommission erinnert daran, dass die Mitgliedstaaten gemäß Erwägungsgrund 16 der Verordnung (EU) 2019/515 über die gegenseitige Anerkennung von Waren²⁾ zwecks Sensibilisierung der nationalen Behörden und der Wirtschaftsakteure für den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung in Erwägung ziehen sollten, klare und eindeutige „Binnenmarktklauseln“ in ihren nationalen technischen Vorschriften vorzusehen, um die Anwendung des besagten Grundsatzes zu erleichtern.

Um Rechtssicherheit und die ordnungsgemäße Anwendung der Verordnung (EU) 2019/515 über die gegenseitige Anerkennung von Waren zu gewährleisten, werden die nationalen Behörden aufgefordert, die Notwendigkeit zu prüfen, in den notifizierten Entwurf eine Binnenmarktklausel aufzunehmen, deren Wortlaut mit dem Vorschlag der

²⁾ Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 1) (Text von Bedeutung für den EWR).

Kommission im Leitfaden zur Verordnung (EU) 2019/515³ übereinstimmt, der wie folgt lautet:

Waren, die rechtmäßig in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Türkei in Verkehr gebracht wurden oder die ihren Ursprung in den Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben und dort rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, gelten als mit diesen Vorschriften vereinbar. Die Anwendung dieser Vorschriften unterliegt der Verordnung (EU) 2019/515 vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind. Falls die nationalen Behörden der Auffassung sind, dass die gegenseitige Anerkennung das Ziel des notifizierten Entwurfs beeinträchtigt, werden sie gebeten, dies zu erläutern und zu begründen. Die niederländischen Behörden werden gebeten, die oben aufgeführten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Darüber hinaus fordert die Kommission die niederländische Regierung auf, ihr die Annahme des endgültigen Wortlauts des betreffenden Entwurfs einer technischen Vorschrift gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 mitzuteilen.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission

Wolfgang Burtscher
Generaldirektor
Generaldirektion Landwirtschaft
und ländliche Entwicklung

³() Leitfaden zur Anwendung der Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008.